

DEWR Masterseminar
Sommersemester 2026
„Klimaschutzrecht und Klimaklagen“

Das Seminar „Klimaschutzrecht und Klimaklagen“ widmet sich Grundlagen und Regelungsmechanismen des Klimaschutzrechts auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Eine besondere Berücksichtigung erfährt das Phänomen der strategischen Prozessführung zur Erreichung von Klimagerechtigkeit auf dem Klageweg vor nationalen und internationalen Gerichten (öffentlich-rechtlich und privatrechtlich).

Das Seminar wird als **Blockveranstaltung (Freitag 10.7.2026 und Samstag 11.7.2026)** abgehalten, in der die mündlichen Vorträge nach Abgabe der Seminararbeiten gehalten werden.

Der Abgabetermin für die Seminararbeiten wird noch bekannt gegeben. Die Seminararbeiten werden in einfacher gedruckter Ausführung sowie einer elektronischen PDF-Version abzugeben sein.

Auf die besondere Beachtung der **Formalvorgaben** wird noch einmal hingewiesen. Hierfür wird Ihnen im Seminar ein Leitfaden für die Erstellung von Seminararbeiten zur Verfügung gestellt. Neben der Einhaltung des Leitfadens und der Abgabefrist liegt ebenso ein besonderes Augenmerk auf einer selbstständigen, ordentlichen und umfänglichen **Literaturrecherche**. Hierfür wird von den Teilnehmenden erwartet, dass sie sich intensiv mit der einschlägigen Literatur befassen.

Hinweis: Die Frist für einen **Rücktritt von der Prüfung ohne Angabe von Gründen** gem. § 9 V FPO LL.M.-DEWR 2019 entspricht dabei der Anmeldefrist des Prüfungsamtes, dem **08.05.2026**.

Raum und Zeit für die Vorbesprechung:

Montag, 13.04.2026

Raum US-D 207

14:00 – ca. 16:00 Uhr (s.t.)

Die Themenvergabe erfolgt während der Vorbesprechung. **Bitte machen Sie sich vor der Vorbesprechung mit den einzelnen Themen vertraut. Eine sinnvolle Themenwahl und -vergabe ist sonst nicht möglich.**

Die Teilnahme an der Vorbesprechung ist Vorbedingung für die Teilnahme am Seminar. Dies gilt in gleicher Weise für die Teilnahme an den Präsentationsterminen.

Mögliche Seminarthemen

Grundlagen Klimaschutzrecht

1. Von Kyoto nach Paris: Klimaschutz als völkerrechtliche und europarechtliche Herausforderung

Aktuelle europäische Regelungsansätze mit Bezug zum Klimaschutz

2. Der Handel mit CO₂ Zertifikaten in der EU (EU ETS 1 und 2)
3. Klimaschutz durch Grenzausgleich? – Der CO₂-Grenzausgleich (CBAM) im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik und Wettbewerbsfähigkeit
4. Zur WTO-Rechtskonformität des CO₂-Grenzausgleichs (CBAM)
5. Abschaffung des verpflichtenden Klimatransformationsplans in Art. 22 Corporate Sustainability Due Diligence Directive (EU Richtlinie 2024/1760, CSDDD) – zur Streichung des Klimatransformationsplans im Omnibus-Kompromiss
6. Einfluss der EU-Verordnung Carbon Removal and Carbon Farming Certification (EU VO 2024/3012, CRCF) auf die Struktur verpflichtender und freiwilliger Kohlenstoffmärkte
7. Umweltbezogene Aussagen von Unternehmen zwischen Greenwashing und Greenhushing im Entwurf der EU Green Claims Richtlinie und EU EmpCo-Richtlinie 2024/825

Klimaklagen

8. Systematisierung von Klimaklagen im nationalen, europäischen und internationalen Recht – climate change litigation als Element des Klimaschutzes?
9. Diskriminierung zukünftiger Generationen und vulnerabler Gruppen im Verfassungs- und Völkerrecht aufgrund mangelhafter Klimaschutzmaßnahmen des Staates?
10. Das Urgenda-Urteil des Niederländischen Supreme Court (ECLI:NL:HR:2019:2007) – Vorbildwirkung für andere Gerichte?
11. Das Urteil des OLG Hamm im Rechtsstreit Saúl Luciano Lliuya gegen RWE vom 28. Mai 2025 (I-5 U 15/17)
12. Der Rechtsstreit Milieudefensie u. a. gegen Royal Dutch Shell (ECLI:NL:RBDHA:2021:5339 und ECLI:NL:GHDHA:2024:2100)
13. Klimaschutz als Menschenrecht - Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 23 Juli 2025 zu den *Obligations of States in Respect of Climate Change*
14. Intertemporale Freiheit und staatliche Klimapflichten – Der Klimabeschluss des BVerfG (Beschluss des BVerfG v. 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18)
15. Das Urteil des EGMR in der Rechtssache Verein Klimaseniorinnen Schweiz und Andere ./i. Schweiz (Individualbeschwerde Nr. 53600/20) vom 09. April 2024
16. Das Urteil des BVerwG zum Klimaschutzprogramm 2023, BVerwG 7 C 6.24 – Urteil vom 29. Januar 2026